



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 5. Januar 2022

4799. 2020/117

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 15.04.2020:

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus humanitären Gründen ausserhalb des bestehenden Kontingents der Stadt sowie für die Bereitstellung der finanziellen Mittel zu diesem Zweck

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Reis Luzhnica (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2334/2020):
«Alle Monate wieder» – so könnte man das Trauerspiel betiteln, das wir beim Thema der Aufnahme von geflüchteten Menschen sehen. Alle Monate wieder findet irgendwo eine humanitäre Katastrophe statt, die jedem Menschen mit ein wenig Empathie das Blut in den Adern gefrieren lässt. Sei es, dass aus dem Mittelmeer gerettete Menschen wochenlang unter prekären Bedingungen auf Booten im Mittelmeer verharren müssen und kein Land sie aufnehmen will, oder sei es, weil die Türkei in einem Erpressungsversuch die Schleusen öffnet und Geflüchtete über gefährliche Wege nach Europa prügelt, oder sei es, weil in überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland Kinder von Ratten gebissen werden und Kinder Suizidversuche unternehmen, weil die Bedingungen so furchtbar sind, oder sei es, wenn auf griechischen Inseln ganze Lager abbrennen und Kinder mit ansehen müssen, wie ihre Spielkameradinnen im Feuer sterben. Jedes Mal schieben die europäischen Länder jegliche Verantwortung von sich und zeigen auf andere oder flüchten sich in billige Ausreden. Es hat sich aber auch etwas getan. Selbst Hardliner, wie der ehemalige deutsche Innenminister Horst Seehofer, haben sich vor nicht allzu langer Zeit bereit erklärt, 25 Prozent aller im Mittelmeer geflüchteten Menschen in Deutschland aufzunehmen. Die Schweiz schloss sich diesem Vorhaben leider nicht an. Jeder Bemühung für eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in Europa wird immer wieder eine Absage erteilt – und das einzig und alleine wegen der FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Sie verteilt pickelhart auch dann noch Absagen, wenn selbst Hardliner wie Horst Seehofer verstanden haben, dass man dem Elend nicht länger zusehen kann. Auch nach dem furchtbaren Brand in Moria, bei dem Kinder verbrannten, nach Berichten aus Camps, wo Kinder von Ratten gebissen werden und sich in ihrer Verzweiflung die Haare ausreissen oder versuchen, sich wegen den grausamen Zuständen das Leben zu nehmen, zeigt sich Karin Keller-Sutter unberührt. Obschon Deutschland die Schweiz geradezu anflehte, bei der Aufnahme von wenigstens unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten mitzumachen, weigerte sich Karin Keller-Sutter. Während Länder wie Deutschland, Luxemburg, Holland und weitere sich bereit erklärten zu helfen, lehnte Karin Keller-Sutter die Hilfe mit der ewig gleichen Begründung ab; man müsse vor Ort helfen. Das sagte sie, nachdem auf einen Schlag 12 000 Menschen – davon 4000 Kinder – obdachlos wurden. Nach dem Brand in Moria und der Bitte der EU



erklärten sich die acht grössten Städte der Schweiz, der Kanton Graubünden und zahlreiche kleinere Gemeinden bereit, Geflüchtete aufzunehmen. 18 Organisationen schrieben der Bundesrätin und es gab zahlreiche Petitionen. Die Solidarität der Bevölkerung und vor allem der Städte war enorm. Karin Keller-Sutter lehnte aber alles kategorisch ab und sprach von Decken und Zelten, die man schicken müsse – nachdem bekannt wurde, dass diese gar nicht benötigt werden. An dieser Stelle möchte ich mich bei Stadtrat Raphael Golta bedanken, der sich gemeinsam mit anderen Städten beim Bund sehr energisch dafür einsetzte, zusätzlich Geflüchtete aus den Elendssituationen in die Städte zu holen. Das ist mir ein sehr persönliches Anliegen, weil auch meine Familie geflüchtet ist – was aber natürlich nicht mit der Situation in Griechenland vergleichbar ist. Dank dem grossen Druck der Städte und der Zivilbevölkerung kündigte der Bund an, eine Studie für komplementäre legale Zugangswege für Flüchtlinge und Vertriebene zu erstellen, die Ansätze und Ideen für die Zusammenarbeit mit den Städten bringen soll. Nutzen wir die Möglichkeit: Im Rahmen dieser Untersuchungen sollten wir als Legislative solidarisch mit dem Vorsteher des Sozialdepartements und anderen Städten und Kantonen sein, die Hand bieten möchten, das Elend von mindestens einem kleinen Teil der Menschen zu lindern. Es muss eine Rechtsgrundlage mit dem Bund geschaffen werden, damit Städte und Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen zusätzliche Menschen aus humanitären Gründen unterbringen können. Als Legislative können wir zeigen, dass wir eine solche Rechtsgrundlage möchten und auch die entsprechenden Mittel bereitstellen. Eine solche Rechtsgrundlage würde das ewige Hin und Her zwischen hilfsbereiten Kantonen, Städten und Gemeinden und der eiskalten Justizministerin Karin Keller-Sutter vermeiden. Die Rechtsgrundlage würde für klare Verhältnisse für die Stadt, Gemeinden und die engagierte Zivilbevölkerung sorgen, ohne dass man jedes Mal der Willkür der aktuellen Justizministerin oder des Justizministers ausgesetzt ist – vor allem dann nicht, wenn wir eine Justizministerin haben, die politisch eine besonders kaltschnäuzige Geringschätzung gegenüber dem Elend der geflüchteten Menschen an den Tag legt.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. Mai 2020 gestellten Ablehnungsantrag: *Das Gegenteil von Gut ist nicht Böse, sondern gut gemeint. Genau das bewirken Sie mit einer offenen Asylpolitik. Indem Sie alle Menschen in das Land lassen, erzeugen Sie eine Sogwirkung und es kommen noch mehr Menschen. Eine wissenschaftliche Studie belegt das. Schlepper, die mit dem Geschäft der illegalen Migration Milliarden Gewinne erzielen und die Hilfsbereitschaft der europäischen Staaten ausnutzen, schicken illegal eingewanderte Migranten auf seeuntaugliche Boote ins Mittelmeer. Sobald die Menschen auf dem Mittelmeer sind, lassen sie einen Notruf ab und holen die linken Seenothelfer herbei, um die Migranten aufzusammeln und ins Sozialstaatarparadies Europa zu bringen. Dahinter steckt ein System, das die Seenotrettung miteinbezieht. Die Schlepper maximieren so ihren Profit. Die Menschen zahlen sehr hohe Summen aus dem Gedanken heraus, dass sie an einem Ort landen, wo der Staat für sie sorgt und sie nicht mehr verfolgt werden. Würde man anderes annehmen, würde man nicht so viel Geld bezahlen. Der Kunde weiss, dass das System funktioniert und ein Schiff ihn auf dem Mittelmeer retten und in einen Sozialstaat nach Europa bringen wird – so kommen mehr Kunden. Die Sogwir-*



kung ist wissenschaftlich belegt und jeder, der etwas anderes sagt, erzählt einen Gutmenschenquatsch, der mit der Realität nichts zu tun hat. Mit der Sogwirkung bewirkt man auch, dass das Leid noch grösser wird, sich mehr Menschen auf den Weg machen und mehr Menschen ertrinken. Wenn Sie das Unheil auf dem Mittelmeer stoppen wollen, müssen Sie diese Menschen aufgreifen, zurück nach Afrika bringen, Auffanglager einrichten und die Menschen dort betreuen und dafür sorgen, dass sie wieder dorthin zurückgehen, wo sie herkommen. Dort sollen sie ihren Leuten erzählen, dass es sich nicht lohnt, das ganze Geld der Verwandtschaft zusammenzusammeln und einem kriminellen Schlepper in die Hand zu geben, um in einen Sozialstaat in Europa eindringen zu können. Sie sollten lieber ihr Geld in Afrika investieren und etwas aufbauen, damit nachkommende Generationen in Afrika zurückblicken können und stolz auf ihre Gesellschaft sein können. Die Migranten – von denen viele nicht gefährdet sind – sollten die Milliarden an Geldern, die jedes Jahr in kriminelle Schlepperhände gelangen, in Afrika in lokales Gewerbe investieren. Wenn jemand in Griechenland oder Italien ankommt, hat er kein Recht, in der Schweiz durch unseren Sozialstaat betreut zu werden und hier Asyl zu erhalten. Es gilt die Erststaatenregelung: Ein illegal ankommender Migrant, der zuerst ein Asylgesuch in Italien und dann in der Schweiz stellt, muss nach rechtsstaatlichen Regeln nach Italien zurückgeschafft werden. Da das ganze System aber so verlottert ist und nicht mehr funktioniert, haben wir die aktuellen, vorher beschriebenen Missstände. Diese sind aber nicht die Schuld der bösen Rechtspopulisten, sondern der Personen, die «Laissez-Faire-Politik» betreiben, eine offene Asylpolitik unterstützen, die Sogwirkung anheizen, die Missstände nicht angehen wollen und die illegalen Migranten nicht zurück nach Afrika schicken. Würde man ein Jahr lang illegal eingewanderte Personen zurück nach Afrika schicken, würde sich das in Afrika herumsprechen und nach einem Jahr würde es keinen illegalen Migranten, der sich auf den Weg macht, und keinen einzigen Toten mehr geben. So aber sterben weiterhin Menschen. Wenn Sie Verantwortung in Europa suchen wollen, dann suchen Sie die Verantwortung bei linken Politikern und nicht bei den Rechtspopulisten.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): *Als freisinniger Fraktionspräsident und designiertes Mitglied der Geschäftsprüfungskommission glaube ich, dass persönliche Anwürfe und Beleidigungen gegen die freisinnige Vorsteherin des Justizdepartements Bundesrätin Karin Keller-Sutter keinen Platz in einer gemeinderätlichen Debatte haben. Inhaltlich weise ich die Vorwürfe gegen Bundesrätin Karin Keller-Sutter in aller Deutlichkeit zurück. Anders als die beiden Vorredner führe ich nicht eine Debatte über das Schengen-Dublin-System und auch nicht über das Schweizerische Asylrecht oder die Asylpolitik. Ich halte fest, dass wir Freisinnigen froh sind und es richtig finden, dass weder Oberwil-Lieli noch die Stadt Zürich ein eigenes Asylrecht haben. Wir lehnen das Postulat ab.*

Reis Luzhnica (SP): *Samuel Balsiger (SVP) muss wissen, dass mit der Politik der Rechtspopulisten das Geschäft der Schlepper befeuert wird. Ohne Ihre Politik der Isolierung könnten die Schlepper gar nicht handeln. Das Interesse steigt nicht wegen unserer offenen Politik, sondern wegen Ihrer Isolation.*



Luca Maggi (Grüne): *Es geht nicht darum, dass jede Gemeinde ein anderes Asylsystem hat. Wir haben festgelegte Mindestquoten an Personen, die eine Gemeinde aufnehmen muss, wenn es die Situation verlangt. Es gibt aber auch eine Maximalquote – das Minimum und das Maximum sind im Moment einfach genau die gleiche Zahl. In ausserordentlichen Situationen soll die Hilfe von Gemeinden, die bereit sind, einen Beitrag über die vorgegebene Zahl hinaus zu leisten, nicht im Vorhinein per se unterbunden werden. Wir machen hier im Gemeinderat keine Bundesasylpolitik, es braucht aber erste Gemeinden, die aufstehen und in einer solchen Situation bereit sind, mehr zu leisten. Am 24. Dezember 2021 rettete das Rettungsschiff «Seawatch 3» an einem Abend 93 Menschen aus einem Holzboot in Seenot. Zahlreiche der Geretteten waren minderjährig. In der Woche davor erging es 160 Menschen anders; sie ertranken. Freiwillige und engagierte Menschen versuchen seit Jahren, das Versagen der europäischen und damit auch der Schweizer Asylpolitik in Grenzen zu halten. So beispielsweise die Retterinnen und Retter der «Seawatch 3». Diesen Menschen gilt mein höchster Respekt. Wir, die hier gemütlich im Gemeinderat und im Stadtrat sitzen, können Hand bieten, um ein versagendes System endlich zu verbessern. Es trat genau das ein, was Migrationsrechts-Expertinnen und -Experten dem Dublin-System voraussagten: Europa und die Schweiz lassen die Länder an den EU-Aussengrenzen schonungslos im Stich, obwohl eine Verteilung auf den ganzen Kontinent eigentlich kein Problem wäre. Über die Auswüchse haben wir bereits diskutiert. Wir als Stadt Zürich können uns dieser Realität stellen und dem Bund und Karin Keller-Sutter klar machen, dass es absurd ist, Millionen von Franken in eine repressive Maschine wie Frontex zu investieren, statt das Geld direkt für Betroffene zu nutzen. Wir können Offenheit zeigen und Hand bieten, damit wir endlich eine Rechtsgrundlage schaffen, die willigen Städten die Möglichkeit gibt, Menschen über dem vorgesehenen Minimum bei sich aufzunehmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Die Stadt Zürich formulierte gemeinsam mit den sieben anderen grössten Städten der Schweiz 2021 ein Angebot zuhanden des Bundes, dass wir bereit sind, mehr Menschen aufzunehmen, als dass dies heute im Bereich der Aufnahme von geflüchteten Menschen der Fall ist. Im Grundsatz ist das heute schon möglich. Der Bund kann, wenn er will, durch seine gesetzlichen Rahmenbedingungen auch in das Kontingent von Städten und Gemeinden Menschen platzieren, wenn die entsprechenden Gemeinden dazu bereit sind. Das ist heute grundsätzlich eher in Notsituationen vorgesehen, aber es ist auf alle Fälle möglich. Hier wird nun gefordert, noch einen Schritt weiter auf den Bund zuzugehen und zu prüfen, ob es zusätzliche Möglichkeiten gibt, damit wir den Spielraum und die Bereitschaft noch stärker wahrnehmen können. Warum sollen die Städte dies tun? Ich bin absolut damit einverstanden, dass es nicht sinnvoll ist, in jeder Gemeinde eine andere Asylpolitik zu haben. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass der Bund bei Problemen im Asylbereich trotz allem zuerst auf die Städte zukommt und immer sehr froh um die Unterstützung und die Angebote der Städte ist. Wir möchten dazu auffordern, dass man nicht nur in Notsituationen und in Sonntagsreden von der Zusammenarbeit von Bund und Kantonen spricht, sondern auch dann, wenn die Städte ein politisches und humanitäres Anliegen haben. Genau hier bie-*



5 / 5

tet sich die entsprechende Möglichkeit und deshalb setzte ich mich gemeinsam mit anderen Vertretungen aus anderen Städten dafür ein. Wir werden uns auch weiter gemeinsam dafür einsetzen – auch im Bewusstsein, dass die Möglichkeiten der Städte unterschiedlich sind. Es ist vollkommen klar, dass wir im Rahmen eines humanitären Kontingents nicht alle aufnehmen können. Es gibt aber einen Bereich zwischen null und unendlich vielen Personen, in dem wir humanitär etwas erreichen können und der unsere Möglichkeiten nicht übersteigt. Im Rahmen des UNHCR Resettlement-Programms sind auch andere Menschen auf der Suche nach Unterstützung. Das UNHCR ist froh, wenn Länder entsprechende Angebote machen – das möchten wir tun. Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten. Gerade im Rahmen des Resettlement-Programms handelt es sich um Menschen, bei denen der Flüchtlingsstatus bereits geklärt ist. Der Anteil Personen mit einem entsprechend geregelten Status liegt dann bei 100 Prozent. Ich erinnere an die asylpolitische Diskussion, bei der es immer hiess, man nehme diejenigen auf, die Schutz nötig haben. Wir haben hier die entsprechenden Möglichkeiten. Die Schwierigkeiten zeigen sich auf Bundesebene – ohne diese personifizieren zu wollen. Es werden immer Ausflüchte gesucht, weshalb man nichts unternimmt. Aus der Optik des Stadtrats ist es richtig und nötig, dass wir als Stadt gemeinsam mit anderen Städten, Gemeinden und Kantonen hinstehen und sagen: Ja, wir sind bereit. In diesem Sinne ist der Stadtrat gerne bereit, das Postulat zu prüfen und zu sehen, ob man allenfalls einen weiteren Schritt in diese Richtung machen kann, um unsere humanitäre Tradition der Stadt, aber auch der Schweiz ein wenig weiter entwickeln zu können.

Das Postulat wird mit 60 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat